

& betrieb gewerkschaft

Intern

Ausgabe 2/Mai 2007/10. Jahrgang

www.betriebundgewerkschaft.de

Herausgegeben vom BundessprecherInnenrat der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS

G8 sind nicht willkommen!

In wenigen Tagen treffen sich die politischen Führungen der sieben mächtigsten Staaten des Westens und Russlands in Heiligendamm. Sie werden ihre Geschäfte hinter Sperrzäunen und abgeschirmt von Tausenden sogenannter Sicherheitskräfte verrichten.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Aktionskonferenz der sozialen Bewegungen bekräftigen, dass sie den G8-Regierungen jede Legitimität absprechen. „Der stacheldrahtbewehrte Graben zwischen uns und ihnen ist nicht mehr zu überbrücken.

„Wir bitten die G8 um nichts. Wir kommen zusammen, um uns über die andere Welt zu verständigen, für die wir in Heiligendamm demonstrieren. Für die wir mit unserem zivilen Ungehorsam einstehen.“

In Heiligendamm und Rostock wird es Dialoge zwischen den verschiedenen Kräften der globalen Zivilgesellschaft und den sozialen Bewegungen aus zahllosen Ländern geben. Es wird nicht in allen Fragen Einigkeit erzielt, es ist auch gar nicht nötig. Die Dialoge dienen der Verständigung über die nächsten Schritte einer kommenden Demokratie.

„Ya basta! Es reicht! Eine andere Welt ist möglich!“ Eine Welt der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit, der gleichen Rechte aller, des Friedens. Heiligendamm wird ein Anfang sein.

DIE LINKE. – neue Chancen für die GewerkschafterInnen

Die AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS wird 15 Jahre alt. In diesem Jahr steht sie vor ihrer größten Herausforderung, die zugleich eine große Chance ist. Zusammen mit den GewerkschafterInnen aus der WASG haben wir die Möglichkeit bundesweit in der LINKEN und auch in Teilen der Gewerkschaften mehr Einfluss auszuüben als bisher.

Von Anfang an stellten wir uns in die positiven Traditionen solcher linker GewerkschafterInnen wie *Fina Harlein* aus Rheinland-Pfalz oder *Willi Bleicher* aus Baden-Württemberg, die als AntifaschistInnen und Mitglieder der KPD auf dem Gründungskongress des DGB linke Akzente setzten. Von Anfang an waren gerade für uns Konflikte im Osten, wie der Kampf der Kumpel von *Bischofferoode* eine Herausforderung. Heute freuen wir uns immer noch solche Ratgeber wie *Jacob Moneta*, dem ehem. Chefredakteur von „metall“ und ersten gewerkschaftspolitischen Sprecher der PDS bei uns zu haben. Genauso freuen wir uns, demnächst mit *Hans Janssen* einen

Kollegen und Genossen in unseren Reihen zu haben, der als ehemaliges Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall für den Kampf um die 35-Stunden-Woche steht, nach 57!!! Jahren aus der SPD ausgetreten und in die WASG eingetreten ist.

Als AG Betrieb & Gewerkschaft haben wir manches eingebracht, was die Linkspartei.PDS in ihr Programm aufgenommen hat und bei keiner anderen Partei zu finden war (Verbandsklagerecht für Gewerkschaften, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich usw.) Wir haben auch Bewegung angesprochen. Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn ist im Rahmen der Linkspartei.PDS von uns und niemandem anders eingebracht worden.

Mit den mittlerweile elf gewerkschaftspolitischen Konferenzen haben wir bewiesen, dass wir ins gewerkschaftliche Umfeld ausstrahlen können und uns als Linke zumindest auch in Teilen Akzeptanz erkämpft.

Gerade die diesjährige Konferenz stellte eine besondere Herausfor-

Inhaltsverzeichnis:

<i>Gerald Kemski: DIE LINKE. – neue Chancen...</i>	S 1-2
<i>Barbara Borchardt: Bundesparteitage...</i>	S 3
<i>Ulla Lötzer: Handeln für eine glaubwürdige LINKE.</i>	S 4-5
<i>Michael Schlecht: Gesetzlicher Mindestlohn...</i>	S 5
<i>Gerald Kemski: Stopp der Privatisierung ist uns nicht genug!</i>	S 6
<i>Ernst Molkenthin: Leiharbeit bei Prinovis</i>	S 6-7
<i>Helmut Lechner: Neue Zeiten bei NIRO-Petersen</i>	S 7-10
<i>Thomas Keuer: Duisburger Betriebs- und Personalräte...</i>	S 10-11
<i>Wolfram Altekruiger: „Reiches Land, arme Kinder...“</i>	S 11

derung dar. Wir haben aber den praktischen Beweis erbracht, dass es möglich war gleichberechtigt mit GenossInnen des Gewerkschaftsbereiches der WASG diese Konferenz vorzubereiten und durchzuführen. Damit hat die Gewerkschaftsstruktur der neuen LINKEN in der Tat ein positives Beispiel für die Gründung der neuen Partei geleistet.

Zur Perspektive

Bei unsrem nächsten Bundestreffen in Stuttgart am 8./9. September 2007 werden wir schon eine Struktur der neuen Partei sein und über unseren weiteren Weg zu debattieren haben. Welche Bedeutung hat für uns als LINKE der Kampf um den Mindestlohn in der Perspektive? Welche Forderungen bringen wir weiter in die Debatte? Die Durchsetzung des politischen Streiks auch in der BRD? Verkürzung der Arbeitszeit über Tarifvertrag oder Stopp der Arbeitszeitverlängerung per Gesetz? Wie können wir nachhaltig eine an den Interessen der abhängig Beschäftigten und der Arbeitssuchenden orientierte politische Praxis in der neuen Partei verankern? Es gibt auch weitere Fragen.

Mit Sicherheit werden wir auch einen neuen SprecherInnenrat wählen in dem natürlich auch GenossInnen aus der WASG ihren Platz finden werden. Ebenso sicher werden wir aber auch unsere Erfahrung, dass wir die unterschiedlichen Arbeits- und Kampfbedingungen in Ost und West berücksichtigen müssen mitnehmen. Nur mit der Solidarität in der ganzen Republik kommen wir weiter.

Dabei müssen wir allesamt bundesweit erst einmal die Voraussetzungen für unser künftiges Handeln schaffen. Bis zum Bundestreffen im September sollten wir die Voraussetzungen geschaffen haben um als bundesweiter Zusammenschluss akzeptiert zu werden, d.h. mindestens in acht Bundesländern anerkannte Landes AG zu sein bzw. dort mindestens 1/200 der gemeinsamen Mitglieder von Linkspartei und WASG zu präsentieren.

Das ist noch nicht genug um wirklich von einer Position des Selbstbewusstseins in der Partei, der Gewerkschaftslinken oder auch in den Gewerkschaften auftreten zu können. Unser Anspruch sollte sein in allen Bundesländern der BRD als gewerkschaftliche Struktur vertreten zu sein und bis zum

Jahreswechsel mindestens 1.000 Zugehörigkeitserklärungen zur AG Betrieb & Gewerkschaft unterschrieben zu haben.

Mit Sicherheit brauchen gerade wir auch im neuen Parteivorstand der LINKEN GenossInnen, mit denen wir gut und unproblematisch kommunizieren und zusammenarbeiten können. Aus der Sicht der aktuellen BundessprecherInnen der AG Betrieb & Gewerkschaft ist es absolut verständlich, wenn die WASG - mit dem was sie einbringt - den Anspruch erhebt den/die gewerkschaftspolitischen Sprecher/in des Parteivorstandes der neuen LINKEN zu stellen. Wir haben auf dem Bundestreffen im Mai in Hamburg bereits gesagt, dass aus unserer Sicht *Michael Schlecht* oder *Ralf Krämer* die geeigneten Kandidaten wären. Gleichwohl wäre es natürlich hilfreich auch aus den Reihen der Linkspartei.PDS GenossInnen im neuen Parteivorstand zu haben, die sich auch in Konfliktfällen auf die Seite der GewerkschafterInnen gestellt haben wie *Ulla Lötzer* oder *Wolfgang Gehrcke*. Aber da haben natürlich die Parteitage das letzte Wort.

Das letzte Wort hier gilt der Mitgliederwerbung. *Michael Schlecht* und *Ralf Krämer* haben die Initiative ergriffen mit der Parteigründung einen Aufruf zur Mitgliederwerbung unter GewerkschafterInnen zu verbinden. Das sollten alle aktiv unterstützen. Wenn wir nun die Chance haben wirklich bundesweit eine gewerkschaftsnahe Partei zu haben, muss sich das auch bei der Mitgliederzusammensetzung zeigen.



Die Bundesparteitage von WASG und Linkspartei.PDS haben die Weichen gestellt

Der letzte Bundesparteitag liegt schon einige Wochen hinter uns, der nächste steht bereits vor der Tür. Dazwischen, genau gesagt vom 30. März bis zum 18. Mai, findet in der Linkspartei und in der WASG die wichtige Urabstimmung zur Gründung einer neuen starken gesamtdeutschen Linken statt. Der Weg dafür wurde auf beiden Parteitagen in Dortmund durch die entsprechenden Beschlüsse **beider Parteien** bereitet. Nicht nur die Delegierten unserer AG waren erleichtert als beide Parteitage mit deutlicher Mehrheit diesen Schritt taten.

Dass wir eine starke Gesamtdeutsche Linke in Deutschland dringender denn je brauchen ist angesichts der Politik der Großen Koalition wohl unstrittig. Wir, die Mitglieder der AG Betrieb & Gewerkschaft, haben uns bereits frühzeitig für eine Zusammenarbeit mit der WASG und für die Gründung einer Gesamtdeutschen Linken ausgesprochen.

Aber, auch das ist auf den Parteitagen deutlich sichtbar geworden, noch ist nicht ganz klar, wohin diese neue Partei gehen wird. Das haben nicht zu-

letzt die Debatten vor, aber auch auf dem Parteitag gezeigt. Ja – im Interesse einer starken Linken war insbesondere bei der Beschlussfassung der „Eckpunkte“ die Suche nach Kompromissen angezeigt. Sicherlich konnten auch nicht alle inhaltlichen Punkte in diesem Zusammenhang ausdiskutiert werden. Wo allerdings die Schwerpunkte aus Sicht der Mitglieder der Parteien lagen wurde nicht zu letzt an den vorliegenden Änderungsanträgen an beide Parteitage deutlich. Sichtbar wurde aber auch, dass die unterschiedlichen Ansätze nicht ausschließlich in einer Partei zu erkennen waren, sondern quer durch beide Parteien gehen. Erinnert sei an dieser Stelle an die klare Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, einschließlich der UN-mandatierten Militäreinsätze nach Kap. VII der UNO – Charta oder an die Frage zur Festlegung von Mindestanforderungen an Regierungsbeteiligungen. Leider haben die Parteitage delegierten der Linkspartei PDS diese Festschreibung abgelehnt. Dafür wurde die Frage der Aufnahme „des demokratischen Sozialismus“ in das neue Programm in den Mittelpunkt der begrenzten Debatte gestellt. Die Protagonisten sind der Auffassung, dass mit dem „demokratischen Sozialismus“ viel in der Linkspartei verbunden wird. Ich halte diese Debatte für überflüssig und fände eine inhaltliche Debatte zu konkreten Fragen wie z.B.: Wie steht die Neue Linke zum weiteren Stellenabbau im Öffentlichen Dienst, welche Rolle spielen Gewerkschaften, warum sitzen Linke in den Parlamenten oder zu Fragen zum weiteren Ausbau von Mitbestimmungsrechten und Demokratie auf allen Ebenen, zur Sanierung der öffentlichen Haushalte für die praktische Arbeit wichtiger und zielführender. Sicher, diese Debatte werden wir in den nächsten Monaten auch zu führen haben. Ein Aussparen von zu klärenden Fragen können wir uns jedenfalls nicht leisten. Genauso wenig wie ein Misslingen dieses Projektes. Dieser Verantwortung müssen wir uns alle bewusst sein. Es hört sich vielleicht hochtrabend an, aber ich denke, es ist richtig, die Linken in Deutschland haben jetzt auf absehbare Zeit eine einmalige Chance, dem neoliberalen Mainstream etwas entgegen zu setzen und eine Alternative zur bisherigen Entwicklung aufzuzeigen. Und, auch das sollten wir an dieser Stelle nicht vergessen: wir haben durch unser Handeln auf kommunaler und Landesebene wie auf Bundesebene nicht nur bei vielen Linken an Glaubwürdigkeit verloren, welche es gilt zurück zu gewinnen.

Angesichts der vielen offenen Fragen, der unterschiedlichen Kultur, Geschichte und Herkunft werden wir beweisen müssen, ob wir in der Lage sind, eine neue Streitkultur zu entwickeln und eine Mitgliederpartei zu werden, in der Pluralismus und Demokratie wirklich gelebt werden? Letztere ist der Linkspartei in den letzten Jahren mehr und mehr abhanden gekommen, was mit eine Ursache für die Krise ist, in der wir uns seit 2002 befinden. Unser

Weg in eine Funktionspartei wurde auch immer offensichtlicher. Ausdruck dafür war u. a. die Dominanz der Vorstandsmitglieder in der Debatte um die vorliegenden Anträge. Deshalb gilt es auch für die neue Partei die Fragen der inneren Verfasstheit kontinuierlich auf die Tagesordnung zu setzen. Ja, beide Parteitage haben die Satzung verabschiedet, in welcher die Struktur, die Rechte und Pflichten der Mitglieder festgeschrieben sind. Dass die Frage der Zusammenschlüsse so formalisiert und damit auch eingeschränkt wurde halte ich für einen Fehler.

Egal, ob inhaltliche Zusammenschlüsse oder Strömungen – sie haben in einer modernen linken Partei eine Daseinsberechtigung. Nicht nur weil sie unterschiedliche Lösungsansätze diskutieren und bestehende Traditionen pflegen. Nein, wir sollten froh darüber sein, dass Mitglieder bzw. Sympathisant/innen sich in ganz konkreten Projekten engagieren und bei der Suche nach Antworten helfen wollen. Dass wir diese gemeinsame Suche unbedingt benötigen und wollen ist für mich jedenfalls ebenfalls unstrittig. Leider hatten wir, und das war wohl schon in Vorbereitung des Parteitages absehbar, keine Zeit mehr zur Debatte von weiteren Anträgen. So wurden alle Anträge an den Parteitag in den Vorstand überwiesen u. a. auch unser Antrag zum Erhalt der Sparkassen. Der Antrag ist mittlerweile im Vorstand behandelt worden, ohne - das will ich an dieser Stelle betonen - die Antragsteller wie versprochen einzuladen. Dass der Antrag – auf Grund der Situation in Berlin abgelehnt wurde, wird niemanden von uns wundern. Aber es beweist auch, wie viele ungeklärte Fragen noch in der neu zu gründenden Partei auf dem Tisch liegen.

Dass es wirklich eine NEUE Partei wird, dafür tragen wir alle Verantwortung!

Also mischen wir uns kräftig ein in die programmatische und strategische Debatte, damit ein klares Profil der Neuen Linken sichtbar wird!



Handeln für eine glaubwürdige LINKE.

Dienstag überraschte mich eine email des Landesverbandes und der Fraktion Berlin. Unter dem Titel „SPD den Rücken stärken“ rufen Carola Bluhm und Klaus Lederer zur Demonstration am 1. Mai auf und zur Unterstützung der Unterschriftensammlung der SPD für einen gesetzlichen Mindestlohn. Überrascht lese ich weiter „Ziel ist es der Sozialdemokratie für unsere langjährige Forderung bundespolitisch den Rücken zu stärken“. Sie kündigen darin auch eine Bundesratsinitiative für einen gesetzlichen Mindestlohn an.

Die Ankündigung einer Bundesratsinitiative ist sicherlich ein positives Ergebnis der Regierungsbeteiligung und findet unsere volle Unterstützung.

Mit ihrer Forderung der SPD bundespolitisch den Rücken zu stärken, fallen sie allerdings der Fraktion „DIE LINKE.“ in den Rücken.

Die gemeinsame Kampagne von Gewerkschaften und auf parlamentarischer Ebene der Fraktion „Die LINKE.“ haben die Regierung und insbesondere die SPD erheblich unter Druck gesetzt. Mit der Unterschriftensammlung haben sie reagiert. Auch die angekündigte Bundesratsinitiative ist das Ergebnis dieser Kampagne, nicht aber ein Ergebnis der Regierungsbeteiligung, auch wenn nur die das möglich macht. Auch wir haben die Unterschriftensammlung unterstützt und unterstützen sie weiter. Das entlässt uns aber nicht aus der Verantwortung den Druck auch auf die SPD zu erhöhen, den Worten Taten folgen zu lassen. Und da sieht es ganz anders aus. Obwohl es eine parlamentarische Mehrheit im Bundestag gibt, hat die SPD eine Abstimmung über unseren Antrag, bzw. ihre eigene Unterschriftensammlung abgelehnt. Vor allem aber vertritt derjenige in der Regierung, der das Heft des Handelns für einen gesetzlichen Mindestlohn in der Hand hat, Arbeitsminister Müntefering nicht die Forderung nach einem Existenz sichernden Mindestlohn von 7,50 Euro, für den sie die Menschen zur Unterschrift auffordern. Stattdessen hat er bereits in der Debatte am Donnerstag einen Auffanglohn als Forderung kreiert, der vielleicht auf 6 Euro die Stunde herauslaufen würde. Was ist eine Unterschriftensammlung wert, wenn der Arbeitsminister, in dieser für Millionen Menschen existenzielle Forderung Mindestlohnmodelle erarbeitet, die mit 6 Euro pro Stunde die Hungerlohnpraxis unter neuem Namen fortschreiben und gesetzlich legitimiert? Da treiben die Sozialdemokraten ein perfides Spiel mit den Hoffnungen der Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können.

Sollen wir ihnen dafür den Rücken stärken und damit ihr perfides Spiel noch unterstützen? Oder sollen wir die Kritik auch daran deutlich machen, und gemeinsam mit den Gewerkschaften den Druck für einen armutsfesten Mindestlohn mit 7,50 oder 8 Euro außerparlamentarisch und parlamentarisch



erhöhen.

DGB Vorsitzender Sommer hat Müntefering auf der gewerkschaftlichen Kundgebung in Gelsenkirchen kritisiert und die SPD aufgefordert für 7.50 Euro zu handeln. Die Berliner finden kein Wort der Kritik daran. Eine der Maßnahmen, wo Regierungshandeln sie offensichtlich blind für die realen Verhältnisse macht und sie doch weiterhin als kleiner Bruder der SPD ohne eigenständiges Profil handeln.

Das bewirkt auch wieder ein Stück Glaubwürdigkeitsverlust unserer Position und unseres Handelns. Eine Umfrage im Politarameter hat erschreckend deutlich gemacht, dass die Menschen uns für weniger glaubwürdig halten als die SPD. Eine deutliche Kluft zwischen Handeln in der Regierung, insbesondere Rot-Rot in Berlin und unserem Handeln in der Opposition im Bundestag, wie es erneut auch in dieser Frage deutlich wird, gehört mit zur Frage der Glaubwürdigkeit. Das wird eine Schlüsselfrage für die neue „LINKE.“. Viele wenden sich nicht nur von den Parteien, sondern auch der Politik ab. Auch wenn unsere Umfragewerte stabil sind, kann das nicht zufrieden stellen, weil das bedeutet, dass viele Unzufriedene mit einer Politik der sozialen Kälte, ins NichtwählerInnenlager abwandern, weil wir sie nicht überzeugen können. Das zeigen leider auch die letzten Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt in erschreckender Deutlichkeit.

Glaubwürdigkeit heißt auch, erkennbares Profil in Regierungs- und Oppositionshandeln deutlich zu machen und zu prüfen, in welcher Konstellation man dafür etwas erreichen kann.

Natürlich wissen wir, dass wir nicht davon träumen können, auf Bundesebene eine absolute Mehrheit zu erreichen. D.h. natürlich auch die Frage unter welchen Bedingungen würden wir eine Beteiligung eingehen. Gegenwärtig ist die deutlich mit NEIN zu beantworten. Eine SPD, die Kriegseinsätzen zustimmt, HARTZ IV ausbaut, Umverteilung zu Gunsten von Vermögenden und Unternehmen und die Verarmung der öffentlichen Hand forciert, eine Wirtschaftspolitik orientiert an den Interessen der Konzerne fortentwickelt und die solidarischen Sicherungssysteme zu Gunsten der Finanzmarktakteure zerstört, kann kein Partner sein. Deshalb brauchen wir eine Opposition für glaubwürdige Alternativen,

die wir gemeinsam mit Bewegungen und Gewerkschaften außerparlamentarisch und parlamentarisch gesellschaftlich hegemoniefähig machen. Mehrheiten für eine andere Politik erreichen wir nur durch Hegemoniefähigkeit in der Gesellschaft, die dann auch im Bundestag die Frage nach Regierungshandeln stellen kann.

Aber auch auf Länderebene müssen die Erfahrungen diskutiert und Kriterien entwickelt werden. Das

Gesetzlicher Mindestlohn – DIE LINKE. zeigt Flagge

Sieben Millionen Menschen arbeiten für Niedriglöhne, viele für Hungerlöhne. Zwei Drittel haben eine abgeschlossene Berufsausbildung, zehn Prozent sogar einen akademischen Abschluss. Arbeitslosigkeit und der Fortfall des Zumutbarkeitsschutzes durch Hartz IV zwingen auch gut Qualifizierte, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Damit werden gering Qualifizierte aus den Stellen verdrängt, für die sie geeignet wären.

Deshalb ist der Kampf um den gesetzlichen Mindestlohn einer der wichtigsten aktuellen Konflikte. Wir müssen alles daran setzen, die örtlichen Aktivitäten gemeinsam mit den Gewerkschaften zu verbreitern. DIE LINKE. ist die einzige politische Partei, die konsequent für den gesetzlichen Mindestlohn eintritt. In den Medien kommt das nicht ausreichend herüber. Das müssen wir schon selbst deutlich machen; vor Ort, in den Betrieben.

Im September 2006 versprach die SPD den Gewerkschaften sich für einen gesetzlichen Mindestlohn einzusetzen. Wenig später erklärten Müntefering und Beck, dass für sie nur der Weg über das Entsendegesetz in Frage kommt. Im März 2007 wurde das Entsendegesetz auf die Gebäudereiniger ausgeweitet. Damit sind alle Unternehmer in diesem Wirtschaftsbereich verpflichtet die tariflichen Regelungen anzuwenden. Unabhängig davon, ob sie selbst Mitglied des Unternehmerverbandes sind oder sie vom Ausland aus operieren und Beschäftigte nach Deutschland „entsenden“.

So ließen sich noch Absicherungen in weiteren Branchen erreichen. Allerdings mit dem Nachteil, dass dann zum Teil tarifliche Regelungen festgeschrieben würden, die deutlich unter einem Mindestlohn von 7,50 Euro liegen; zum Beispiel 4,38 Euro für Wachschrützer Thüringen, 5,25 Euro in der nordrhein-westfälischen Gastronomie. In vielen Branchen sind die Verhältnisse so schwierig, dass Gewerkschaften nur unzureichende Regelungen vereinbaren konnten. Der entscheidende Nachteil des Entsendegesetzes ist aber, dass in den meisten Branchen mit Hunger- und Niedriglöhnen überhaupt keine Tarifverträge existieren. Das Entsendegesetz ist theoretisch nur in acht von 39 Branchen anwendbar. Es besteht die Gefahr, dass Millionen von Betroffenen weiterhin keine Mindestabsicherung erhalten. Deshalb haben Gewerkschaften und die Linke immer auf einem einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn bestanden.

zeigt Berlin immer wieder deutlich. Auf den Parteitagen hat dies eine wichtige Rolle gespielt. Erschreckend war da die Ignoranz der Vertreterin des Parteivorstandes der Linkspartei Kerstin Kaiser-Nicht in der Debatte, die eine Diskussion und Kriterien für überflüssig hielt. Mit den WASG Beschlüssen wurde hier zumindest minimal ein Fortschritt erzielt. In der neuen LINKEN muss diese Diskussion fortgeführt werden.

Seit Ende März hat die SPD den gesetzlichen Mindestlohn wieder entdeckt. Als einzig verbleibendes Thema, mit dem sie um Sympathie bei den Menschen und den Gewerkschaften werben kann. Bei allen anderen Themen ist sie verbrannt. Und die SPD hat die Kehrwende auch vollzogen, weil DIE LINKE. für einen gesetzlichen Mindestlohn steht. Die SPD hat eine Kampagne für Mindestlöhne und eine Unterschriftensammlung gestartet. Die Forderungen entsprechen dem, was DIE LINKE. seit mehr als einem Jahr fordert. Folglich hat die Linksfraktion sie als Entschließung in Bundestag eingebracht. Am 27. April hat war die erste Lesung. Die SPD hat mit dafür gesorgt, dass nicht sofort abgestimmt wurde, sondern voraussichtlich erst im Mai.

Wir orientieren darauf, dass wieder verstärkt vor Ort für den gesetzlichen Mindestlohn geworben wird. Der 1. Mai war hierfür eine Gelegenheit Flagge zu zeigen. Eine weitere Gelegenheit besteht nach der Abstimmung über den Entschließungsantrag im Bundestag. In vielen Orten sollte an dem auf die Beschlussfassung folgen Samstag informiert werden. Über die entsprechenden mail-Verteiler wird es kurzfristig entsprechende Informationen und ein einfach gestaltetes Flugblatt geben, das als Kopiervorlage genutzt werden kann.

Ver.di und die NGG veranstalten bis zum bis 3. Juli 2007 eine „Mindestlohntour“ durch 50 deutschen Städte. Im Internet unter mindestlohn.de sind die einzelnen Etappen ersichtlich. Auch hier sollte DIE LINKE. an den entsprechenden Aktionstagen „Flagge“ zeigen. Immer geht es darum den Menschen vor Ort deutlich zu machen, dass die Linke die einzige politische Kraft ist, die konsequent für einen gesetzlichen Mindestlohn eintritt.

Michael Schlecht



Stopp der Privatisierung ist uns nicht genug!

2. Konferenz des Netzwerkes linker GewerkschafterInnen in der ELP

Vom 4.-6. Mai 2007 fand in Athen die 2. Konferenz des Netzwerkes linker GewerkschafterInnen in und bei der Partei der Europäischen Linken statt.

Die GenossInnen von *Synaspismos* haben diese Konferenz mit TeilnehmerInnen aus 12. Ländern mit großem Einsatz vorbereitet und durchgeführt.

Bei den Positionierungen, die aus der Abschlusserklärung deutlich werden haben wir wichtige Akzente gesetzt.

- Wir sind gemeinsam für einen europäischen Mindestlohn.

- Ein Stopp der Privatisierung ist uns als linken GewerkschafterInnen in den linken Parteien nicht genug. Wir sind eindeutig für die offensive Position einer Rekommunalisierung von privatisierten Bereichen. Ebenso halten wir es für wichtig auch Betriebe, die nicht unmittelbar zur Öffentlichen Daseinsvorsorge gehören gegen Privatisierung zu schützen bzw. wieder in öffentliches Eigentum zu überführen.

- Hinsichtlich der Verkehrspolitik im Transportsektor Europas wurde eine eigenständige Resolution angenommen. Hier gehen wir ähnlich offensiv an die Dinge heran. Wir fordern eine Reregulierung des Transportsektors in Europa, der unter einem erhebliche Liberalisierungs- und Privatisierungsdruck steht.

Die 3. Konferenz wurde für den 1.-3. Februar 2008 nach Wien einberufen. Zur Vorbereitungsgruppe wurden KPÖ, Linkspartei.PDS, Synaspismos und Vereinigte Linke-Alternative aus Katalonien benannt. Zwischenzeitlich wird es noch ein Arbeitstreffen von GenossInnen aus dem Bereich der Fluglinien im November in Hamburg geben, zu dem von uns und Synaspismos eingeladen wird.

Beeindruckend war erneut die Solidarität untereinander, trotz teilweise sehr unterschiedlicher Arbeits- und Lebensbedingungen. Trotz aller Sprachprobleme sprechen von den Inhalten her die GewerkschafterInnen in den linken Parteien wohl eine gemeinsame Sprache. Der Genosse *Erik Bach* von der Sozialistischen Volkspartei aus Dänemark drückte es so aus:

Leiharbeit bei Prinovis

Was ist Prinovis, - eine Zusammenlegung der **Druckabteilungen** der Druckhäuser Gruner + Jahr, Springer Ahrensburg, G+J Dresden und Maul + Co zu einer Firma mit Sitz in Liverpool als Ltd. Hier ist ein gigantischer Druckriese in Europa mit fünf Standorten und der Logik des Kapitals folgend geschaffen worden mit einer inneren Konkurrenzstruktur.

Fatal für die Kollegen/innen, denn die Standortfrage wird von der Kapitalseite genüsslich zur Erpressung aller eingesetzt. Zugeständnisse, die als Betriebsvereinbarungen meist so am Tarif vorbeis-

„Manche reden über Bewegung hier oder über Bewegung dort, ich finde wir sollten den alten bewährten Begriff Klassenkampf nehmen“.

Auch kulturell waren Gemeinsamkeiten erkennbar. Am Samstagabend besuchten wir zunächst den Platz des 1. Mai mit der Stau von *Stavros Kallergis*, dem Begründer der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung in Griechenland. Anwesend dort war auch dessen 83-jähriger Sohn, der von Aussehen her schon sehr stark an *August Bebel* erinnerte.

In einem Stadtbezirk Athens, der von einem *Synapismos*-Bürgermeister regiert wird, trafen wir dann im kommunalen !! Gartenrestaurant zusammen. Nach vielen Liedern von *Mikis Theodorakis* wurden dann auch solche Lieder wie „Bella Ciao“, „Avanti Poppolo“ und Teile der „Internationalen“ gemeinsam in diversen Sprachen Europas gesungen. Es geht doch ein rotes Band durch Europa, auch wenn es noch dünn ist und um manche Länder noch einen Bogen macht.

Gerald Kemski



schrappen, sind an der Tagesordnung.

Nun hat die Erpressung bei Prinovis in Itzehoe noch einen Gang zugelegt. Vor Jahresfrist wurde der BR genötigt einer Leiharbeitsfirma im eigenen Hause zuzustimmen. Diese wird jetzt so richtig eingesetzt um aus den verbleibenden tarifgebundenen Arbeitsplätze in absehbarer Zeit, prekäre Arbeitsplätze zu machen.

Nun muss man aus Erfahrung wissen, dass in der Druckindustrie die höchsten Gewinne nach dem Waffnen und Drogenhandel erzielt werden.

In der Großen Koalition werden zurzeit Überlegungen für die gesetzliche Festlegung einer Grenze für sittenwidrige Löhne angestellt. Nach einem Vorschlag von Bundesarbeitsminister Franz Müntefering könnten danach alle Löhne, die 20 bzw. 30 Prozent unterhalb der tariflichen bzw. ortsüblichen Löhne liegen, als sittenwidrig erklärt werden. Dies ist die bisherige Entscheidungspraxis der Arbeitsgerichte, wenn eine Klage erhoben wird.

Wo also bitteschön liegt die Sittenwidrigkeit – in der Bezahlung oder im Klagegrund?

Zur Bekämpfung von sittenwidrigen Löhnen und zur Begrenzung des Niedriglohnsektors insgesamt ist ein verbindlicher Mindestlohn erforderlich, der bei Vollzeitwerbstätigkeit eine eigenständige Existenzsicherung ermöglicht. Das gilt nicht nur für die Druckindustrie, bei Prinovis, sondern im ganzen Land.

Neue Zeiten bei NIRO Petersen! Fünf Monate Streik erfolgreich beendet

Flensburg. *Sie sind eine Handvoll Kollegen. Sie haben gestreikt um eine verbindliche Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse und um mehr Lohn. Sie haben länger gestreikt als ihre Großväter 1956/1957. Jetzt ist der Streik zu Ende. Sie haben ihr Ziel erreicht!*

Der Kapitalist als unumschränkter Herr

Wer stolzer Eigner einer Yacht ist oder Skipper, dem ist die kleine Flensburger Firma NIRO Petersen KG früher oder später ein Begriff: Hier werden alle Arten von Yacht- und Bootsbeschlagen gefertigt.

Was auf den ersten Blick von außen vielleicht wie eine kleine Krauterbude anmutet, lässt aufhorchen, wenn man die Kundenliste liest. Oben an steht die Firma Lürssen, sie baut militärische Schnellboote und zivile Großyachten, gefolgt von Thyssenkrupp Marine Systems - eine Firma für Luxusjachten, Marine-, und Containerschiffe.

Aber auch private Menschen, Milliardäre wie Abramowitsch, die „graue Eminenz der russischen Politik“, oder Kunden aus dem Umfeld von Microsoft-Bill Gates kommen mal eben vorbei und lassen hier Zubehör für ihre Mega-Yachten, die ihr gestresstes Leben versüßen sollen, bauen. Und dass solcher Art Kunden hohe Qualität für ihr Geld verlangen und sehr geschmacklerisch jeden kleinsten Kratzer auf einem hochglanz polierten Anker wahrnehmen, kann der verständige Leser sich leicht denken. Doch auch der normale kleine Bootsbesitzer kauft hier gerne: Eine Gangway, Poller um das Boot festzumachen, Griffe. Alles allerbeste Ware, und nicht gerade billig. Dass Luxusgüter in Zeiten allgemeiner Verarmung Konjunktur haben, ist eine alte Wahrheit.

Eigentlich eine gute Arbeit, sollte froh denken, wer

Das sei mit Löhnen von zwei bis fünf Euro nicht möglich. Ein Blick auf die westeuropäischen Nachbarländer zeige, dass dort die gesetzlichen Mindestlöhne zurzeit zwischen acht und neun Euro pro Stunde liegen.



Ernst Molkenthin

hier beschäftigt ist. Aus der Sicht des Kapitalisten ging alles auch 40 Jahre gut. Die Firma entwickelte sich. Heute arbeiten 23 KollegInnen im gewerblichen Bereich, sechs sind Angestellte, sechs Auszubildende. Und es gibt sechs leitende Angestellte. Der Firmenchef war der unumschränkte Herr im Haus. Er grölte, wie langjährig beschäftigte Kollegen berichten, seine Anweisungen heraus. Argumentiert wurde nie. Er war selten gerecht und vor ihm wurde gekuscht. Die 40-Stundenwoche war die Regel. Tarifvertrag ein Fremdwort. Der Alte schied aus dem Geschäft aus.

„...die Faxen dicke..!“

Mit IG Metall oder anderen Gewerkschaften hatten die KollegInnen bis dato auch nicht viel am Hut. Aber mit einem Mal wollte die neue Chefin die 42, dann sogar die 44-Stundenwoche. Ohne Lohnausgleich, versteht sich. Da reichte es den KollegInnen mit einem Male und sie „hatten die Faxen dicke“. Wenn es der Firma schlecht ginge, würden sie ja vieles verstehen, dachten sie bei sich. Auch länger arbeiten. Aber NIRO Petersen machte glänzende Geschäfte: Warum dann 44 Stunden arbeiten ohne Lohnausgleich? Sie wollten nicht.

Die Belegschaft handelte: Im November 2004 wurde ein Betriebsrat gegründet. Welch ein Schock für die Firmenleitung: Mit einem Mal musste miteinander gesprochen, ja verhandelt werden! War die Existenz eines Betriebsrats selbst schon „die Revolution“, so musste sich das neu gewählte Gremium erst mal mit den aller kleinsten Sachen herumschlagen. Seife und Handtücher in den Waschräumen? Zu teuer! Sicherheitsschuhe? In einem Metallbetrieb dringend sicherheitstechnisch erforderlich: Die gab es nicht bei NIRO Petersen. Die KollegInnen mussten sie selbst mitbringen und bezahlen! Oder das Thema Urlaub. NIRO Petersen war früher sicher ein Saisonbetrieb. Wenn die Segelsaison sich ankündigte, konnte natürlich nicht je-



der Jahresurlaub machen. In den letzten Jahren ist aber über das ganze Jahr hin gut zu tun. Dennoch besteht die Firmenleitung darauf, dass sie allein darüber bestimmt, wann die zustehenden sechs Wochen Urlaub gemacht werden dürfen: Bis auf einen einzigen frei verfügbaren Urlaubstag!

Die Kollegen des Betriebsrates erzählen, wie sie Vorschläge über Vorschläge zur Regelung solcher Themen machten, die in anderen Metallbetrieben in Absprache einvernehmlich geregelt sind. Und sie waren wahrlich kompromissbereit und wollten der neuen Chefin die Chance geben, sich einzuarbeiten. Sie wollten mir ihr ein vernünftiges Verhältnis aufbauen. Diese aber nahm den Betriebsrat am liebsten gar nicht wahr. Ohne Rechtsanwalt bewegte sich daher zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat so gut wie nichts.

Die Kapitalistin an den Verhandlungstisch!

Wie aber kann die Kapitalistin an den Verhandlungstisch gezwungen werden? Was sollten die KollegInnen bei NIRO Petersen tun, wenn sie nicht bereit waren, mir hängenden Ohren die bisherigen Bedingungen zu akzeptieren? Sie traten in die IG Metall ein und bildeten im Frühjahr 2006 eine betriebliche Tarifkommission. Deren Forderung lautete: „Tarifliche Anbindung des Unternehmens und 7% mehr Lohn“.

Im Juni 2006 unterstrichen die KollegInnen ihre Forderung mit einem 30-Minütigen Warnstreik und schlugen der Geschäftsleitung 12 Verhandlungstermine vor. Tatsächlich gab es dann fünf Verhandlungen.

Während dieser Verhandlungsphase kamen verschiedene Fakten zu Tage, die die Brisanz der Situation deutlich machten. Die Firma ist doch tatsächlich Mitglied im Arbeitgeberverband: Der Innung für Zweiradmechaniker. Blanker Hohn. Bei ihr gibt es seit den achtziger Jahren keinen Tarifvertrag.

Sodann war auffallend: In den Verhandlungen saß an der Seite der Geschäftsführung ein Vertreter des „Kommunalen Arbeitgeberverbandes Schleswig-Holstein“ (KAV). Schaut man in dessen Satzung, weiß man auch warum. Dort heißt es in §2 Abs. 3: „Bisher nicht durch Mitgliedschaft im KAV Schles-

wig-Holstein tarifgebundene Arbeitgeber können die Gastmitgliedschaft erwerben. Die Gastmitgliedschaft begründet keine Mitgliedschaft im Sinne der folgenden Satzungsbestimmungen. Gastmitglieder unterliegen nicht der Tarifbindung im Sinne des § 3 Abs. 1 des Tarifvertragsgesetzes vom 25. August 1969.“ Und in § 9 Abs. 2 unter „Gastmitglieder“ steht: „Jedes Gastmitglied hat Anspruch auf a) den Rat des Verbandes in allen Angelegenheiten der Lohn- und Anstellungsverhältnisse seiner Beschäftigten, b) Prozessvertretung nach Maßgabe der vom Vorstand hierzu erlassenen Richtlinien in allen Rechtsstreitigkeiten, die ihre Grundlage im Arbeitsverhältnis haben, sowie in betriebsverfassungsrechtlichen Beschlussverfahren oder Rechtsstreitigkeiten aus dem Personalvertretungsrecht, soweit dies prozessrechtlich zulässig ist.“ Ein politisches Angebot mit kostengünstigem Rechtsbeistand an alle Unternehmen, um sich aus allen tarifvertraglichen Strukturen weg zu stellen. Kapitalistenherz, was willst Du mehr! Das hat NIRO Petersen offensichtlich als seine Chance begriffen.

In der fünften und letzten Verhandlungsrunde kam der Arbeitgeber, unterstützt vom Anwalt des Kommunalen Arbeitgeberverbandes, zur Sache. Man hätte „sich schlaugemacht“. Sie boten 3% mehr Lohn. Notgedrungen – aber keinen Tarifvertrag. „Ihre Kollegen“, säuselte er gegenüber der Verhandlungskommission, „sind doch mündige Leute!“ „Lassen Sie uns individuelle Verträge machen! Wir einigen uns schon!“

Die Belegschaft ist für Streik ...

Mit Hilfe der IG Metall haben die Kollegen der betrieblichen Verhandlungskommission auch dieses Angebot geprüft. Sie wollten ja nichts unversucht lassen, mit NIRO Petersen zu einer akzeptablen Einigung zu kommen. Und folgendes Beispiel fanden sie dann in den vorgelegten Muster-Arbeitsverträgen: Es wird der gesetzliche Urlaubsanspruch gewährt. Darüber hinaus gewährt die Firma einen Urlaub bis zu sechs Wochen als „freiwillige, jederzeit widerrufliche Leistung“. Nun konnte im Betrieb allen klar gemacht werden, worum es der Geschäftsführung geht: Auf keinen Fall eine Bindung einzu-

gehen, ob Eintritt in den zuständigen Arbeitgeberverband oder Anerkennungstarifvertrag. Alles wollte sie „freiwillig“ und ohne kollektiven Rechtsanspruch regeln.

Die IG Metall gewann inzwischen im Betrieb bei den KollegInnen mehr und mehr an Ansehen. 80% der gewerblichen Kollegen waren nun Mitglied, zudem die Hälfte der Angestellten und auch der Auszubildenden. Nie plante der Betriebsrat seine nächsten Schritte alleine. „Wir haben immer jeden einzelnen gefragt“. In zahlreichen Info-Abenden mit den KollegInnen wurde alles beraten. Der Betriebsrat drängte aber auch auf Verbindlichkeit: „Es geht nicht nur darum, ob Du einen Tarifvertrag möchtest, sondern: Bist Du bereit dafür zu kämpfen!?“ Eine verbindliche Vereinbarung war nur noch mit einem Streik zu haben. Die Belegschaft war dazu bereit.

Von der IG Metall wurden nur die gewerblichen Kollegen zur Urabstimmung aufgerufen. Nur hier war auf Grund des Organisationsrates die notwendige Kraft zu entfalten. Bei der Urabstimmung sprachen sich 84% der gewerblich Beschäftigten, also alle bis auf zwei, für einen Streik aus. Streikbeginn war Freitag, der 17. November 2006.

... aber die Streiklage ist nicht einfach

Zum Streikbeginn legte die Geschäftsführung dem Betriebsrat die Kündigung zweier Kollegen auf den Tisch. Nach der Verhandlung beim Arbeitsgericht feierte triumphierend die Führungsebene mit einem Teil der Belegschaft die angeblich „betriebsbedingten“ Entlassungen. Die Geschäftsführerin gab Sekt aus.

Ein ganze Reihe von KollegInnen, offensichtlich mit Versprechungen verlockt oder unter Druck gesetzt, hielten den Druck nicht aus, bekamen schlichtweg Angst, verkrümelten sich.

Die Fertigung wird von der Firma mühsam aufrecht erhalten. Die Beschäftigten aus der Konstruktion werden produktiv eingesetzt. Sogar der Meister muss an die Werkbank. Die Einstellung von vier Leiharbeitern konnte die Firmenleitung durchsetzen.

Diese Leihleute konnten aber nicht die qualifizierte Facharbeit der Streikenden voll ersetzen. Auch wenn NIRO Petersen das gerne behauptet.

Sehr ermutigend war, dass die IG Metall in Zusammenarbeit mit der dänischen Gewerkschaft verhindert hat, dass Arbeit aus dem Betrieb heraus nach Dänemark verlagert werden konnte. Die dänische Gewerkschaft „dansk metal“ führte ein Gespräch mit dem Arbeitgeber von „Kolding metalsliberi“. Dort finden jetzt keine Streikbrecherarbeiten mehr statt. Der Arbeitgeber teilte mit: „Wir haben wohl einen Fehler gemacht. Das machen wir aber nicht wieder“.

Bis auf einen Artikel im „Flensburger Tageblatt“, der aus Arbeitgeberperspektive den Streik völlig verriss und die Tatsachen verdrehte, haben die Streikenden in der Region eine recht gute Presse. Die dänische Zeitung „Flensborg Avis“ berichtet immer mit viel Sympathie. Der IG Metall Vorsitzende Jürgen Peters war am 21. November 2006 in Flensburg aus Anlass der Feier zum 50. Jahrestag des großen Metallere-Streiks und besuchte die Streikenden, ihnen Mut zu machen. Ebenso kamen viele Landespolitiker von SPD, SSW (Südschleswigsche Wählerverband) und der Linkspartei. Die streikenden Kollegen wurden von Betriebsratskollegen eingeladen, auf Betriebsversammlungen zu berichten. Sympathisierende Menschen kamen spontan vorbei, gaben Geschenke, Geld und sogar Kartoffeln ab.

„Wir haben unser Ziel erreicht!“

Der Streik dauerte über fünf Monate. Damit haben Kollegen länger gestreikt als seinerzeit ihre „Großväter“ in Schleswig-Holstein beim bisher längsten Metallere-Streik in der Geschichte der BRD. Vom 24. Oktober 1956 bis zum 14. Februar 1957 legten 34 000 Arbeiter die Arbeit für dreieinhalb Monate nieder, um die Gleichstellung mit den Angestellten bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu erreichen.

Die Kollegen von NIRO Petersen brachten es auf fünf Monate und drei Tage!



Sie besaßen den ungebrochenen Mut, den Kapitalisten zu zeigen, dass sie mit ihrer Belegschaft nicht mehr nach der Manier von Junkern und Gutsherren, umspringen dürfen. Sie konnten durchhalten, getragen von der unverminderten Solidarität aus anderen Betrieben, den Gewerkschaften, die mit regelmäßigen Besuchen und auch Spenden ihre Verbundenheit zum Ausdruck brachten.

Am 20. April einigten sich die IG Metall und NIRO Petersen-Geschäftsführerin Birthe Reimer auf eine gemeinsame Erklärung. „Wir haben eine verbindliche Grundlage. Endlich!“, sagt Michael Schmidt, IG-Metall-Gewerkschaftssekretär, der die Streikenden vom ersten Tag an unterstützt hatte. Und stolz berichten jetzt die Kollegen: „Wir haben unser Ziel erreicht!“ Die Gewerkschaft konnte per Vertrag durchsetzen, dass niemand mehr allein von der Gunst der Geschäftsführung abhängig ist. Nun heißt es schwarz auf weiß: „Das Niveau in den geltenden Lohn- und Gehaltstabellen des Metallhandwerks sowie die Regelungen zu Urlaub und Sonderzahlung finden Anwendung im Betrieb.“ Wer in dieser Yacht-Firma arbeitet, kann sicher sein, dass zukünftig Weihnachts- und Urlaubsgeld auch wirklich gezahlt werden. Wahrlich neue Zeiten bei NIRO Petersen!

Die Streikenden sind natürlich über das Ende des Arbeitskampfes erleichtert. Er kostete sehr viel Kraft und Nerven. Endlich ist jetzt wieder mehr Zeit für Familie und Freunde.

Aber, es klingt auch Wehmut mit. Schließlich erlebten die Streikenden eine unglaubliche Unterstützung. Die zahllosen Solidaritätsfaxe, -briefe und -anrufe zählte zum Schluss niemand mehr. Vieles hatten die Kollegen sich einfallen lassen, damit auch nach fünf Monaten der Streik und sein Anliegen nicht in Vergessenheit gerieten: Eine Nikolausaktion an der Holm-Nixe, das öffentliche Frühstück und den Weihnachtsbaumverkauf.

Die Kollegen meinen: Es ist eigentlich schade, dass es vorbei ist, denn durch den Streik wurde Flensburg einfach etwas bunter, auch wenn manchem in der Stadt das grelle IG-Metall-Rot ihrer Anzüge ein Dorn im Auge war. Man merkt in den Gesprächen mit den Kollegen, die so lange gestreikt haben, noch heute, dass sie erhobenen Hauptes aus diesem schwierigen Konflikt herausgegangen sind. Glückwunsch, liebe Kollegen von NIRO Petersen!!

Karl-Helmut Lechner

Duisburger Betriebs- und Personalräte folgten Einladung der Linken Viel Zustimmung für kämpferische Gewerkschaftspolitik

Zur ersten Duisburger Gewerkschaftskonferenz kamen auf Einladung von WASG und Linkspartei.PDS mehr als 40 Betriebs- und Personalräte ins Walsumer Brauhaus.

Vertreten waren nahezu alle Großbetriebe aus Industrie und Dienstleistungsbereichen sowie der öffentliche Dienst.

In seinem Einstiegsreferat erläuterte der IGM Gewerkschafter und Bundestagsabgeordnete der Linken Hueseyn Aydin die zahlreichen Initiativen der Bundestagsfraktion gegen die Rente mit 67 und für einen gesetzlichen Mindestlohn. Am Beispiel Frankreich, wo durch einen politischen Streik eine Probezeit für Arbeitnehmer von zwei Jahren verhindert werden konnte, macht Aydin deutlich, dass auch in der Bundesrepublik der politische Streik durchgesetzt werden muss. „Wer die Arbeitslosigkeit abbauen will“, so Hueseyn Aydin weiter, „der muss sich auch für höhere Löhne einsetzen, damit die Massenkaukraft steigt.“ Statt Milliarden-geschenke an die Konzerne mit einer Unternehmenssteuerreform fordern die Linken weitere Arbeitszeitverkürzung und eine Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmer. So unterstützen sie die Gewerkschaften bei den bevorstehenden Streiks ob im Organisationsbereich der IGM oder bei der Telekom uneingeschränkt.

Der Duisburger Gewerkschaftssekretär Thomas

Keuer sprach sich gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge aus. „Weder das städtische Klinikum, noch die Bahn oder die Post dürfen privatisiert werden.“ Die von SPD und CDU geplante Aufhebung des „Briefmonopols“ führt zu Dumpinglöhnen und zu einer dramatischen Verschlechterung der Qualität der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Die Teilnehmer der Konferenz sprachen sich einhellig gegen die Zerschlagung der Mitbestimmung im Lande NRW durch eine Verschlechterung des LPVG aus. Der Duisburger Oberbürgermeister Adolf



Sauerland (CDU) wurde scharf kritisiert weil er im Rat gegen den Antrag von Linken und SPD zum Erhalt der Mitbestimmung gestimmt hat.

Hermann Dierkes, selbst Betriebsrat und zugleich Fraktionsvorsitzender der Linken im Stadtrat, zeigte sich ausgesprochen zufrieden mit der Beteiligung und an den Ergebnissen der Konferenz. Alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen sprachen sich für wei-

tere regelmäßige Treffen aus. Dabei soll der Informationsaustausch und die gegenseitige Unterstützung und Solidarität im Vordergrund stehen, ob bei den Tarifeinsetzungen der Telekom oder bei den Warnstreiks der IG Metall. Es wurde ein Koordinierungskreis gebildet der weitere Veranstaltungen organisieren soll.

Thomas Keuer

„Reiches Land, arme Kinder, Einkommen zum Auskommen“!

345 Euro plus Kosten der Unterkunft sind das was Arbeitgeber für abhängig Beschäftigte als Tariflohnhöhe anstreben, dazu ist ihnen jedes Mittel Recht. Die sind sehr vielfältig und werden vor allem mit der Kündigungskeule und den folgenden ALG I und ALG II Leistungen verschärft. Darum fordern Soziale Bündnisse Bundesweit ein Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro.

Wie aber wurde die Regelleistung für Alleinstehende berechnet? Wer hat sich solche absurde Beträge ausgedacht fragen sich mittlerweile nicht nur betroffene. Das Bundesministerium hat untersucht, wofür die ärmsten 20 Prozent der Ein-Personen-Haushalte jeweils wie viel Geld

ausgegeben. Die einzelnen Ausgaben-Posten (für Nahrungsmittel, Schreibwaren, Freizeitaktivitäten usw.) wurden zusammengezählt und daraus die maximale ALG-II-Regelleistung von 345 Euro bestimmt. Kinder unter 15 Jahren bekommen 60 % davon 207 Euro monatlich. Davon wird der Betrag des Kindergeldes als Einkommen abgezogen werden, während Millionäre das Kindergeld zusätzlich erhalten. *Man hätte auch würfeln können, das Ergebnis wäre genauso schlecht.*

Die drei wichtigsten Kritikpunkte sind:

- Die statistisch erfassten Ausgaben der armen Haushalte wurden noch einmal gekürzt. Einzelne Ausgaben fielen dabei ganz unter den Tisch. Besonders dramatisch für Kinder: die statistisch erfassten Ausgaben für Bildung wurden für ALG-II-Bezieher komplett gestrichen.
- Noch wichtiger: Die Leistungshöhe für Kinder wurde aus den statistisch erfassten Ausgaben der ärmsten Ein-Personenhaushalte ermittelt. Das sind ganz überwiegend Rentner-Haushalte. Und Ein-Personen-Haushalten leben per Definition keine Kinder. Abgesehen von einem gelegentlichen Geschenk der Oma an die Enkel fallen gar keine typischen Kosten für die Kinder an!
- Die 207 € wurden bereits 2003 festgelegt. Sie wurden bisher um keinen Cent erhöht und sollen unverändert mindestens bis 2009 weiter gelten. Dabei ist das Leben zwischenzeitlich teurer geworden – zuletzt durch die höhere Mehrwertsteuer. Berücksichtigt man die Teuerung, dann sind die 207 € im Jahr 2009 real nur noch 195 € wert.

Für Schuhe sind nur 4,40 Euro monatlich vorgesehen

Für Spielzeug 76 Cent monatlich

Für Schulsachen keinen Cent außer für Schreibwaren gibt es 1,63 Euro monatlich

Für Essen und Trinken sind es 76,39 Euro monatlich. Auf den Tag sind es 55 Cent fürs Frühstück, 98 Cent jeweils für Mittag- und Abendessen. Für 1 Euro gibt es aber kein Schulkantinenessen.

Nicht „Wir“ leben über unsere Verhältnisse, die Reichen leben über unsere Verhältnisse! Unser Land ist reich. Und der Reichtum wird immer größer. Um 52 Milliarden Euro stieg das Volkseinkommen allein im Jahr 2006! Nie zuvor gab es mehr Geld und mehr finanzielle Möglichkeiten. Eigentlich könnte es heute allen besser gehen als vor einigen Jahren.

Wir leben also nicht über unsere Verhältnisse. Das Problem sind die Eigentümer der Unternehmen und die Vermögenden. Sie stellen immer dreistere Forderungen und wollen sich ein immer größeres Stück vom Kuchen einverleiben.

Würden Unternehmen, hohe Einkommen und große Vermögen endlich entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit besteuert, dann wäre auch genug Geld in den öffentlichen Kassen, für Investitionen die Arbeitsplätze schaffen, für Sozialleistungen von denen man Leben kann und zur Überwindung der KINDERARMUT in ein reiches Land.

Wolfram Altekruiber



Hier sind sie, die Email-Adressen der b&gler:

Wolfram Altekrüger
Angela Beutler
Horst Bethge
Christian Bethke
Verena Brachvogel
Belinda Brechbilder
Barbara Borchardt
Gerda Brücher
Gerd Buddin
Susanne Danowski
Jörg-Henry David
Wolfgang Denecke
Siegfried Deuschle
Hermann Dierkes
Michael Dubielczyk
Jochen Dürr
Monika Dürschmied
Michael Dworak
Gabriele Eichner
Gisela Engel
Wolfgang Engel
Ralf-Jochen Ehresmann
Rainer Eienkel
Dirk Elmer
Siegfried Faust
Wolfgang Freye
Brigitte Gehrke
Heidi Gläs
Angela Grollmisch
Holger Grünwedel
Frank Habermann
Agnes Hasenjäger
Kerstin Heinzel
Detlef Hertz
Hans Joachim Hirschfeld
Andreas Ixert
Wolfram Just
Bernt Kamin-Seggewies
Harold Kempf
Gerald Kemski
Heidi Kloor
Margitta Klug
Ingrid Kolbe
Norbert Konrad
Steven Kunz
Edda Lechner
Sabine Leidig
Jürgen Locher
Kathrin Lohse
Mike Melzer
Birgit Menz
Achim Meyer-Heithuis
Jörg Meinicke-Kleint
Peter Meyer
Petra Mißbach
Ernst Molkenhuth
Klaus Mucha
Achim Müller
Heidi Müller
Robert Niemann
Jutta Nitsche
Hartmut Obens
PDS AG B&G Hessen
Inno Rappthel
Ralf Rippel
Edeltraud Rogée
Helmut Ross
Friederike Rüd
Johann Scheck
Anke Schmitt
Falko Schroebler
Berno Schuckart
Monika Schlüter
Monty Schädel
Hans-Jürgen Schwartz
Margarethe Seifert
Gunnar Semmelrock
Klaus Tischendorf
Peter Venus
Harald Werner
Sabine Wils
Karl-Friedrich Zais

Wolfram.Altekrueger@t-online.de
abeutler@t-online.de
Horst.Bethge@t-online.de
BChrist315@aol.com
verena.brachvogel@gmx.de
brechbilder@gmx.de
info@barbara.borchardt.de
gerda.bruecher@mnet-online.de
gerd.buddin@pds-online.de
su.dan@online.de
JoHeda@t-online.de
kv-leipzig-land@pds-sachsen.de
siegfried.deuschle@nexgo.de
hermann.dierkes@arcor.de
DUBI121@aol.com
jochenduerr@freenet.de
ermola@t-online.de
qunas@gmx.de
gabi.eichner@arcor.de
engel.gisela@gmx.de
Zweiengel@aol.com
uzsptm@uni-bonn.de
rainein@aol.com
dirkelmer@gmx.de
DieLinkejuelich@aol.com
w.freye@web.de
brigittegehrke@ki.comcity.de
glaess@t-online.de
agrollmisch@web.de
holger.gruenwedel@gmx.net
regionalbuero@pds-nordhessen.de
h.agnes@gmx.de
HEINZEL@t-online.de
detlef_hertz@web.de
HHirschfeld@t-online.de
ratsgruppe@linke-herne.de
wolfram_just@t-online.de
BERNT0704@AOL.COM
KempfHarold@aol.com
0404102964-0001@t-online.de
heidi.kloor@googlemail.com
320093328666-0001@t-online.de
ikolbe@arcor.de
Konrad-Brunsbuettel@t-online.de
fidel.kunz@gmx.de
edda.lechner@t-online.de
sabine.leidig@attac-netzwerk.de
JuergenLocher@superkabel.de
KLohse@aol.com
promtheus@gmx.de
Birgit.Menz@t-online.de
meyer-heithuis@arcor.de
Meinicke-Kleint@onlinehome.de
pemey@gmx.net
Petra.Missbach@t-online.de
ErnestoPrimero@aol.com
Knucha@snafu.de
achim_mueller@web.de
heidi.mueller-online@web.de
RobertNiemann@web.de
jutta.nitsche@linkspartei.de
HObens@t-online.de
Info@lagbug-pds-essen.de
inno@eu-rappthel.de
ralf_rippel@web.de
Edeltraud.Rogee@t-online.de
helmut-roos@web.de
friederike-rued@gmx.de
j.scheck@kreutzpointner.de
gegenfeuer@gmx.de
fws1940@freenet.de
Bschuckart@aol.com
Schlueter-Halberstadt@t-online.de
mail@montyschaedel.de
jaeck_i_md@yahoo.de
margaretheseifert@t-online.de
gunnar_hh@arcor.de
Klaus.Tischendorf@slt.sachsen.de
Peter.Venus@t-online.de
harald-werner-berlin@t-online.de
Sabine.Wils@hamburg.de
wkb.zais@t-online.de

Termine 2007

Bundestreffen

Die Linke. AG Betrieb & Gewerkschaft

08.-09.09.2007

in Stuttgart

17.-18.11.2007

in Hannover

Bundestreffen im September

Anlässlich des 100. Jahrestages des Internationalen Sozialistenkongresses findet unser nächstes Bundestreffen am 8./9. September in Stuttgart statt.

Es ist die Neukonstituierung unserer AG Betrieb & Gewerkschaft. Daran sollten möglichst alle Genossinnen und Genossen teilnehmen. **Preisgünstige Angebote der Bahn können ab dem 11. Juni gebucht werden.** Wer fliegen muss kann jetzt schon buchen.

Bei unsrem Bundestreffen werden wir über unseren weiteren Weg beraten.

- Welche Bedeutung hat für uns als LINKE der Kampf um den Mindestlohn in der Perspektive?
- Die Durchsetzung des politischen Streiks auch in der BRD?
- Verkürzung der Arbeitszeit über Tarifvertrag oder Stopp der Arbeitszeitverlängerung per Gesetz?
- Wie können wir nachhaltig eine an den Interessen der abhängig Beschäftigten und der Arbeitssuchenden orientierte politische Praxis in der neuen Partei verankern?

Es gibt auch weitere Fragen.

IMPRESSUM:

„betrieb&gewerkschaft Intern“ erscheint zweimonatlich und wird an alle Aktive der AG verschickt. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Bundesgeschäftsstelle der Linkspartei.PDS AG B&G, Kl. Alexanderstr. 28, 10178 Berlin,

Tel. 030/2 4 009 673,

Fax 030/ 24 009 480

E-mail: ag.bg@linkspartei.de

Redaktionsschluss:

20.05.2007

Verantwortlich:

BundessprecherInnenrat

DIE LINKE.AG Betrieb & Gewerkschaft

www.betriebundgewerkschaft.de